

## Impuls „Vielfalt leben, Hoffnung geben – Diakonie und Demokratie“ von Kirsten Schwenke zum Pfingstempfang des Evangelischen Kirchenkreises Leverkusen am 5. Juni 2025

### **Es gilt das gesprochene Wort!**

Sehr geehrter Herr Superintendent Scholten,  
sehr geehrter Herr Bürgermeister Marewski,  
sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter aus der Politik,  
sehr geehrte Damen und Herren aus dem Kreiskirchenamt und den Gemeinden,  
liebe Gäste,

dieser Pfingstempfang steht unter der Überschrift: „Gemeinsam unterwegs in unsicheren Zeiten“ – und genau das ist es, was uns heute bewegt: die Unsicherheiten und Herausforderungen, denen wir uns als Gesellschaft und als Gemeinschaft stellen müssen.

In diesem Zusammenhang habe ich heute die Ehre, nicht nur als Leverkusenerin, sondern auch als Vorständin des Diakonischen Werkes Rheinland-Westfalen-Lippe, zu Ihnen über die Rolle der Diakonie in unserer Demokratie zu sprechen.

### **Herausforderungen**

Die Wohlfahrtsverbände stehen vor großen Herausforderungen. Der Bundestagswahlkampf hat uns eindrucksvoll gezeigt, dass die sozialen Themen, also das, wofür wir als Diakonie stehen, aktuell keinen leichten Stand haben. Das war auch mal anders. Und ja, die Menschen in unserem Land bewegen natürlich die großen Themen: Russlands Krieg in der Ukraine, Donald Trump als US-Präsident, der internationale Bündnisse infrage stellt, sowie die Debatte über Migration. Doch ebenso bewegen sie auch alltägliche Sorgen – die Preise im Supermarkt, die hohen Mieten, die unsichere Kinderbetreuung und die steigenden Pflegekosten.

Wir meinen daher, dass es im Bund ein Zusammenspiel von Sicherheit, Wirtschaft und Sozialem einschließlich Klimaschutz braucht. Oder anders gesagt: Wir benötigen Nachhaltigkeit: ökologisch, ökonomisch und sozial. Der soziale Zusammenhalt in unserem Land – insbesondere in Nordrhein-Westfalen – darf nicht verloren gehen.

Als Spitzenverband der Freien Wohlfahrtspflege beschäftigen uns zurzeit viele gesamtgesellschaftliche Entwicklungen. Ich möchte dabei auf drei Herausforderungen besonders eingehen, die uns in unserer politischen Arbeit zurzeit begegnen: die Finanzen, der gesellschaftliche Zusammenhalt und der Druck von Rechtsaußen.

### **I. Finanzen**

Bei meinem ersten Punkt dürfen die anwesenden Politikerinnen und Politiker gern einmal die Ohren spitzen, denn es geht ums Geld. Natürlich ist Geld nicht alles, aber ohne

ausreichende finanzielle Mittel lassen sich weder Kitas noch Beratungsstellen oder Pflegeheime betreiben. Auch im vergangenen Bundestagswahlkampf gab es wieder die Stimmen, die sagten, dass der Sozialstaat zu aufgebläht sei und dass einige Leistungen nicht mehr finanzierbar seien.

Angesichts angespannter Haushaltslagen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene werden in den kommenden Jahren immer wieder schwierige politische Entscheidungen getroffen werden müssen: Wo wird gekürzt? Welche Bereiche bleiben unangetastet?

Dabei stehen wir vor einer zentralen sozialpolitischen Herausforderung: Es geht natürlich nicht darum, immer neue Leistungen zu fordern, sondern es muss darum gehen, den Sozialstaat auf dem erreichten hohen Niveau zu stabilisieren und zugesagte Rechtsansprüche einzuhalten. Dass dabei die Tarifsteigerungen unserer Beschäftigten einkalkuliert werden, ist für uns Wohlfahrtsverbände selbstverständlich.

Doch die öffentliche Debatte konzentriert sich oft auf eine andere Frage: Was kann bei den Sozialleistungen gekürzt werden? Immer wieder geraten dabei arme Menschen, Menschen mit Behinderung oder Geflüchtete ins Visier.

Gleichzeitig spüren wir die Auswirkungen dieser Diskussionen unmittelbar – vor allem dann, wenn Sozialwirtschaft in Konkurrenz zu anderen wichtigen Themen wie Klimaschutz, Transformation der Industrie oder Investitionen in Straßen und Schienen gerät. Diese Bereiche sind zweifellos von Bedeutung, doch sie dürfen nicht gegen Sozialleistungen ausgespielt werden.

## **II. Gesellschaftlicher Zusammenhalt**

Als zweites möchte ich über den gesellschaftlichen Zusammenhalt sprechen. In der aktuellen Debatte um den Zustand unserer Gesellschaft werden fast ausschließlich negative Bilder gezeichnet: Die Gesellschaft sei gespalten, der gesellschaftliche Zusammenhalt bedroht. Inwieweit die Gesellschaft aber tatsächlich gespalten ist, ist schwierig zu messen. Doch viele Studien und Befragungen legen diese Vermutung nahe. Im Februar haben die Evangelische Kirche in Deutschland und ihre Diakonie eine Studie zur Stimmungslage der Gesellschaft veröffentlicht. Danach nehmen vier von fünf Bürgerinnen und Bürgern eine Spaltung der Gesellschaft wahr und 70 Prozent sind davon überzeugt, dass Diskussionen über wichtige Themen in der Öffentlichkeit heute weniger sachlich und respektvoll geführt werden als früher. Es kann also auf jeden Fall von einer wahrgenommenen Spaltung gesprochen werden. Die Grenze zwischen gefühlter Realität und je individuell konstruierter Wirklichkeit ist dabei stets, im Wortsinne, fließend.

Für uns als Spitzenverband der Freien Wohlfahrtspflege hängt die Frage nach dem gesellschaftlichen Zusammenhalt vor allem auch mit der Ehrenamtsarbeit zusammen. Hier öffnen Kirche und Diakonie Türen, hier können sich Bürgerinnen und Bürger in ihrer freien Zeit einbringen, werden gehört, und können in ihrem Sozialraum tatsächlich Dinge gestalten. Und so echte Selbst-Wirksamkeit erfahren.

Die Fragmentierung der Gesellschaft bedeutet für die Frage, ob überhaupt und wenn ja, wie wir uns in unserer Freizeit uneigennützig für andere einsetzen, eine riesige Herausforderung. Und das ist deshalb so bedeutend, weil die Mobilisierungs- und Organisationskraft der

Kirchen und Wohlfahrtsverbände einer der großen Trümpfe ist, die wir auf der Hand haben. Sie unterscheidet uns von anderen Organisationen und Verbänden. Es ist das Ehrenamt, das über fast 80 Jahre hinweg ein zentraler Grund dafür war, dass die Regierenden den Wohlfahrtsverbänden so große Unterstützung zukommen ließen. Zwei Beispiele aus der jüngsten Geschichte, die auch in der Literatur, die wohlfahrtsverbandliches Handeln wissenschaftlich reflektiert, als herausragend genannt werden: Erstens: Als in den Jahren 2015 ff. sehr viele geflüchtete Menschen sehr schnell untergebracht, betreut, beschult, begleitet und integriert werden mussten, waren die Wohlfahrtsverbände zur Stelle. Der Staat konnte und kann sich auf uns verlassen. Wir haben geliefert. Und zweitens die Coronapandemie: Es ist den Wohlfahrtsverbänden dank unserer großen und dabei meist effizienten Strukturen gelungen, die erst am Wochenende getroffene Entscheidungen der Ministerien quasi über Nacht umzusetzen – damit am Montagmorgen Kitas, Offene Ganztagschulen, Einrichtungen der Jugendhilfe, Pflegeheime und viele andere mehr wieder öffnen konnten.

### **III. Druck von Rechtsaußen**

Neben den finanziellen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ist seit ein paar Jahren eine neue Herausforderung hinzugekommen, der wir verstärkt gegenüberstehen. Die Wohlfahrtsverbände, die beiden konfessionellen Caritas und Diakonie zuallererst, kommen noch einmal ganz anders unter Druck – und mit ihnen wird das gesamte starke System unseres Wohlfahrtsstaates hinterfragt.

Denn wir haben es, wie wir bei der Bundestagswahl noch einmal neu feststellen mussten, mit einer erstarkenden rechtsnationalen Partei zu tun. Der Verfassungsschutz stuft die AfD seit Mai als gesichert rechtsextremistisch ein. Die Entscheidung wird aktuell durch das zuständige Verwaltungsgericht in Köln geprüft. Doch unabhängig davon, was dabei herauskommt, ist klar, dass die AfD teils völkische und menschenverachtende Ziele verfolgt. Da geht es nicht nur um die Verächtlichmachung der deutschen Geschichte. Björn Höcke etwa bezeichnet Inklusion als „Ideologieprojekt“. Neurechte Journalist\*innen sprechen von der „Asylindustrie“, die maßgeblich von den Kirchen sowie Caritas und Diakonie vorangetrieben werde. Dies tun wir, so sagen sie, natürlich nur mit dem Ziel, uns persönlich zu bereichern. Was für ein Unsinn. Und dennoch verfangen diese Narrative immer stärker bei immer mehr Menschen, in den von Algorithmen aufgezogenen und gefütterten Echokammern der Social Media.

Nicht nur sind viele sozialstaatliche Errungenschaften der Neuen Rechten an sich ein Dorn im Auge, die sie abschaffen wollen. Denn ihnen gilt die Ideologie des allein starken Individuums; nicht die urchristliche Idee der geschwisterlichen und nachbarschaftlichen Unterstützung. Nein – sie haben vielmehr erkannt, dass das Subsidiaritätsprinzip tatsächlich Demokratie fördernd wirkt. Das ist wissenschaftlich evaluiert und wird, nicht zuletzt in kirchlich/diakonischen Einrichtungen, tagtäglich gelebt und erfahren. Mit ihrer wertvollen Arbeit erinnern Ihre und unsere Kolleginnen und Kollegen täglich daran, welch hohes Gut das Prinzip der Subsidiarität bedeutet.

Ich denke, man muss es so drastisch sagen, um ganz klar zu sein: Wohlfahrt an sich ist den neurechten Vordenkern und der AfD als ihrem verlängerten Arm in die bundesdeutschen

Parlamente ein Dorn im Auge. Wenn dazu dann der oben beschriebene ökonomische und personelle Druck kommt, wird schnell deutlich, in was für einer herausfordernden Gemengelage wir uns aktuell befinden.

Deshalb haben wir als Diakonie RWL unsere neue Kampagne zum Jahresthema Demokratie unter das Motto „Vielfalt leben, Hoffnung geben“ gestellt. Mit dem Hashtag #Diakoniewirkt machen wir deutlich: Kirche und Diakonie können – und müssen – einen entscheidenden Beitrag zum Erhalt unserer demokratischen Gesellschaft leisten

#### **IV. Lösungsansätze**

Doch was nun? Jetzt könnte man bei all den Herausforderungen den Kopf in den Sand stecken und die Augen vor den Problemen verschließen. Doch genau das Gegenteil ist geboten: Gerade jetzt müssen wir uns für die Menschen in Not starkmachen, die selbst keine eigene Lobby haben. Und wir alle sind gefordert, um die Dinge zum Positiven zu beeinflussen.

Da ich heute als Vorständin des Diakonischen Werkes Rheinland-Westfalen-Lippe zu Ihnen sprechen darf, möchte ich Ihnen darstellen, welche drei Aspekte für uns zentral sind.

Punkt 1: Wir kommunizieren die Bedarfe und Bedürfnisse unserer Mitgliedseinrichtungen deutlich in die Politik hinein. Dabei bekennen wir uns, bei aller fachpolitischen Kontroversen, klar zu den demokratischen Parteien, demokratischen Strukturen und unserem Rechtsstaat an sich. In der aktuellen politischen Situation ist es zentraler denn je, dauerhaft gute Gesprächskanäle in die Politik zu haben und in der Öffentlichkeit eine klar vernehmbare Stimme für Menschen in Not zu sein. Die Politik kann sich auf uns verlassen.

Punkt 2: Wir sind in der Lage zu priorisieren, bevor andere es tun. Wir kommunizieren verlässlich, betreiben keinen Alarmismus und beziehen unsere Mitglieder mit ein, wenn es darum geht, die Soziale Arbeit fachlich weiterzuentwickeln und Sozialpolitik aktiv mitzugestalten. Dadurch haben wir das Ohr permanent an unserer Basis und können umgekehrt politische Entscheidungen, an denen wir mitgewirkt haben, auch in die Breite übersetzen. Somit werben wir um Akzeptanz politischer Entscheidungen in der Bevölkerung.

Punkt 3: Wir, aber auch vor allem unsere Mitgliedseinrichtungen, sind kreativ und innovativ, arbeiten zunehmend digitalisiert und suchen permanent nach den besten Lösungen für bestehende Herausforderungen. Dabei ist es wichtig, dass wir miteinander auch weiterhin unsere Arbeit ernsthaft monitoren und sie realistischen und angemessenen Wirkungsanalysen unterziehen.

Als Kirche und Wohlfahrtsverband können wir gemeinsam einen Teil dazu beitragen, die Debatten über den Sozialstaat in die richtige Richtung zu lenken. Wir können Räume schaffen, in denen sich Menschen über gesellschaftliche Probleme austauschen können; und somit die Gesellschaft wieder ein Stück zusammenführen.

#### **V. Was das mit Pfingsten zu tun hat**

In den letzten Jahren haben sich die weltpolitischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen dramatisch verändert. Wir erleben Kriege und Konflikte, die unser Sicherheitsgefühl erschüttern, wirtschaftliche Unsicherheiten, die viele von uns belasten, und

soziale Spannungen, die unseren Zusammenhalt auf die Probe stellen. Wir leben in einer Zeit großer Transformation – und das ausgerechnet zu einem Zeitpunkt, an dem viele Menschen veränderungs-müde sind. Doch gerade in diesen unsicheren Zeiten ist es umso wichtiger, dass wir zusammenstehen, uns gegenseitig unterstützen und gemeinsam Wege finden, um diese Herausforderungen zu meistern.

In Zeiten großer gesellschaftlicher und politischer Herausforderungen ist es wichtiger denn je, dass Kirche und Diakonie ihre Stimme erheben und sich aktiv in den politischen Diskurs einbringen. Wir stehen in der Verantwortung, für jene einzutreten, die keine eigene Lobby haben – und ihnen langfristig die Möglichkeit zu geben, selbst Gehör zu finden. Im Armutsnetzwerk NRW gelingt uns das gemeinsam mit der Caritas bereits auf eindrucksvolle Weise. Unser Auftrag ist es, dafür zu sorgen, dass niemand durchs Raster fällt – besonders nicht die Schwächsten und Benachteiligten, gerade in einer Welt voller Unsicherheiten

Unsere kirchlich-diakonischen Einrichtungen und Dienste sind unverzichtbar für die Gesellschaft. Wir arbeiten tagtäglich daran, Menschen in Not zu unterstützen, ihnen neue Perspektiven zu eröffnen und sie auf ihrem Weg zu begleiten. Von der Politik erwarten wir daher, dass sie unsere Arbeit aktiv unterstützt. Sei es durch Geld, durch klare und sichere rechtliche Rahmen und durch eine enge, vertrauensvolle Zusammenarbeit auf der Suche nach den besten Lösungen für soziale Herausforderungen. Wir brauchen eine Politik, die sich ihrer Verantwortung bewusst ist und die Rahmenbedingungen schafft, unter denen wir effektiv und nachhaltig arbeiten können.

Doch es sind nicht nur Erwartungen, die wir an die Politik richten. Auch die Politik kann etwas von uns erwarten. Sie darf erwarten, dass wir als Kirche und Diakonie Haltung zeigen, klar Position beziehen und unsere Werte offen vertreten. Sie darf erwarten, dass wir Verantwortung übernehmen und nicht am Rand stehen, sondern die Zukunft aktiv mitgestalten. Dass wir laut und deutlich für Frieden, Gerechtigkeit und den Schutz der Schöpfung eintreten – und entschlossen die Stimme für jene erheben, die sonst ungehört bleiben. Genau dazu sind wir bereit. Und genau das darf man von uns erwarten!

Die Erzählung vom Pfingstwunder in der Apostelgeschichte spiegelt auf eindrucksvolle Weise die Herausforderungen und Chancen unserer heutigen Welt wider:

Die Apostel wurden mit dem Heiligen Geist erfüllt und konnten plötzlich in verschiedenen Sprachen sprechen. Und, noch viel besser: Menschen aus aller Welt konnten ihre Worte auch verstehen. Über dieses gewaltige Wunder waren sie erstaunt und entsetzt zugleich. Ja, wer Vielfalt lebt, gibt Hoffnung. Mutig und beherzt. Den kann es auch mal schaudern. Genau wie in der Pfingstgeschichte, so sind auch wir heute herausgefordert, Brücken neu zu bauen und einander zu verstehen. Das setzt eines voraus: ehrliches und zuerst einmal wohlwollendes Zuhören. Dieses Wunder war mehr als nur ein sprachliches Phänomen; es war ein Zeichen der Einheit und Verbundenheit aller Menschen der damals bekannten Welt – trotz aller Unterschiede. Es zeigt uns, dass Verständigung möglich ist, wenn wir bereit sind, zuzuhören und uns aufeinander einzulassen. Denn genau das ist es, was Demokratie ausmacht: einander zuhören, die Meinung des anderen respektieren und gemeinsam nach guten Lösungen zu suchen.

Im Geiste des Pfingstfestes wollen wir als Kirche und Diakonie Brückenbauer\*innen sein, die dazu beitragen, dass Verständigung und Miteinander gelingen. Wir wollen uns einsetzen für eine Politik, die das gemeinsame Wohl im Blick hat, und wir wollen unseren Beitrag leisten für eine Gesellschaft, die von Respekt, Solidarität und Zusammenhalt geprägt ist. Lassen Sie uns gemeinsam unterwegs sein in diesen unsicheren Zeiten, getragen von der Hoffnung und dem Glauben, dass Verständigung und Zusammenhalt auch in Zukunft möglich sind.

In diesem Sinne wünsche ich uns heute gemeinsam ein paar hoffnungsfrohe Stunden, gute Gespräche und spannenden Austausch.

Lassen Sie uns gemeinsam tun, was das Motto unserer Demokratie-Kampagne den Menschen zusagen möchte: Vielfalt leben, Hoffnung geben.

Vielen Dank.